

Protokollauszug

aus der
46. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses
vom 23.11.2023

öffentlich

Top 7 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

AG HzE

Herr Robert Müller berichtet, dass alle Arbeitsfelder, sowohl ambulant, als auch stationär, von großen Herausforderungen und steten Belastungen berichten würden. Diese beziehen sich neben der finanziellen Ausgestaltung auch auf die inhaltliche Arbeit. So werde vor allem im Bereich der stationären Jugendhilfe von hohen Belegungszahlen und damit verbunden von fehlenden Platzkapazitäten berichtet. Da wo der Nachfrage nach stationärer Unterbringung entsprochen, weil Jugendliche „erfolgreich“ entlassen werden könnten, fehle schlicht (finanzierbarer) Wohnraum. Fachkräfte für den Bereich der stationären Jugendhilfe (für den ambulanten Bereich auch) zu gewinnen, erweise sich ebenfalls als Herausforderung. In ambulanten Angeboten, vor allem bei den Erziehungs- und Familienberatungen der Landeshauptstadt Potsdam sei inzwischen allorts eine Warteliste (nicht im Kinderschutz) Normalität. In den unterschiedlichen Angeboten der ambulanten Hilfen würden sich mehr und mehr „Multiproblemfälle“ „sammeln“, die neben den abzudeckenden Bedarfen zusätzliche Themen und Problemlagen mitbringen, die aus fachlicher Sicht an andere Akteure weiterverwiesen werden müssten. Da jedoch auch in den Bereichen von Psychiatrie und Therapie lange Wartezeiten existieren, werden diese Bedarfe entweder nicht bearbeitet oder binden Ressourcen an „falscher“ Stelle. In allen Bereichen der Potsdamer Jugendhilfe seien zudem die Folgen von „Corona“ noch immer deutlich spürbar, Kinder und Jugendliche, aber auch deren Eltern, seien zum Teil hoch belastet.

In diesem Zusammenhang würden sich die freien Träger sehr über den nun erneut begonnenen fachlichen Austausch mit dem öffentlichen Träger freuen, der sich nicht nur mit (fehlenden) Ressourcen beschäftigen werde - hier seien bereits gute Projekte und Ideen vorhanden (careleaver, Umgang mit „Systemsprengern“, etc.).

Die Träger von stationären Einrichtungen der Jugendhilfe werden sich in den kommenden Tagen noch einmal zu den Kennzahlen austauschen und dass Ergebnis dann folgend in die AG Hilfen zur Erziehung nach § 78 SGB VIII zurückspielen.

AG Kita

Frau Kunzelmann berichtet zur Sitzung, die am 30.11.2023 stattgefunden hat, zu den Themen Kita-Finanzierung 2023/ Abschlüsse 2024, Kinder mit besonderem Bedarf (StVV-Beschluss), Integrierte Kita- und Schulentwicklungsplanung (Überangebot), Fachtag Institutioneller Kinderschutz Kita am 15.11.2023 und zur AG 78 Kita Neuwahl 2024 (Anlage 2).

In der anschließenden Diskussion wird vereinbart, dass man unter anderem auch das Thema

„Kinder mit besonderen Bedarfen“ mit Blick auf die haushaltsbegleitenden Anträge in diesem Jahr in der kommenden Jugendhilfeausschusssitzung betrachten werde.

AG JuFö

Die AG hat nicht getagt.

UA JHP

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung tagte am Donnerstag, den 16.11.2023.

Als Gast hatte man Marco Kelch, Kinderschutzkoordinator der Landeshauptstadt Potsdam, zum Kinderschutzbericht zu Gast. Man habe den Wunsch, dass Gremien nicht einfach eingestellt werden sollten, wenn sie für Qualität sorgen würden und für die Mehrheit der Mitglieder gut funktionieren würden. Auch der Arbeitskreis Kinderschutz tage nicht mehr. Kooperation und Vernetzung im Kinderschutz sei laut Verwaltung per Gesetz Auftrag des öffentlichen Trägers der Jugendhilfe. Der gewünschte Stand von Kooperation, wie im Rahmenkonzept Kinderschutz dargestellt, sei aktuell nicht erreicht/umgesetzt. Die Personalressourcen würden dafür nicht ausreichen. Ein neuer Arbeitskreis Frühe Hilfen und Kinderschutz sei in der Entstehung und werde ab 2024 tätig (für Berufsgruppe, die für Familien mit Kindern bis 3 Jahren tätig seien). Dies sei jedoch kein Ersatz für den einst großen Arbeitskreis Kinderschutz mit Polizei, Gericht, und so weiter. In der anschließenden Diskussion sei vereinbart worden, dass sich die Ausschussmitglieder um die Rahmenbedingungen zur Umsetzung des Kinderschutzkonzeptes kümmern wollen. Die Ergebnisse des Umsetzungsmonitorings zum Rahmenkonzept Kinderschutz wolle man dem Jugendhilfeausschuss bei einer Sitzung Ende des ersten Quartals 2024 präsentieren.

Weiterhin habe man sich mit dem Stand der Umsetzung der Anträge zum Haushaltsbeschluss befasst.

| Thema | Umsetzung (soweit bekannt) | Bewertung des UA |
|--|---|--|
| Errichtung einer zusätzlichen Koordinationsstelle für Frühe Hilfen im Kinderschutz | Stellenbeschreibung liege vor, Stelle gesperrt bis 4/2024 | Die Stellensperrungen seien unverständlich. Der UA fragt, wer das verantwortete. |
| Errichtung einer Stelle für den Erzieherischen Kinder- und Jugendschutz | Stellenbeschreibung liege vor, Stelle gesperrt bis 4/2024 | |
| Finanzierung des ESF-Projektes JUGEND STÄRKEN: Brücken in die Eigenständigkeit | definitive Zusage der Verwaltung, dass man am Projekt teilnahm, kam zu spät | Der UA fragt, was mit den 70.000,00 Euro für das ESF-Projekt passiere. |
| PLUS Programm | Prüfkriterien seien entworfen, Umsetzung werde noch abgestimmt | PLUS-Umsetzung: hier müssen Richtlinien aktualisiert werden. Der UA fragt, ab wann Anträge gestellt werden können. Info an Träger sei zeitnah notwendig. |
| Potsdamer Familien stärken: Ausbau der Beratungsstellen | darin werde bereits gearbeitet | |
| Ausbau Schulsozialarbeit | für das Schuljahr 2024/25 seien drei weitere Stellen in | Sicherung der beschlossenen Stellen, Diskussion zur Verteil- |

| | | |
|--|---------|---|
| | Planung | lung (öffentliche und private Schulen) in der Lenkungsgruppe Schule Jugendhilfe |
|--|---------|---|

Man habe eine Wiedervorlage der Themen im Unterausschuss Jugendhilfeplanung am 07.12.2023 vereinbart. Die Themen kostenloses Frühstück, kostenloses Mittag und Schülerticket seien im Fachbereich 21 federführend verortet und habe man sich auf Wiedervorlage für Januar 2024 gelegt.

Zum Ergebnis der Abstimmung zum Fachkräftethema habe es einen Termin mit Herrn Prof. Dr. Hafezi gegeben. Es sollen mehr Stellen für ein duales Studium Soziale Arbeit in Potsdam auf den Weg gebracht werden. Man habe die Idee, dass die Studierenden dann für den öffentlichen und die freien Träger zur Verfügung stehen sollen. Es würden auch Erzieher*innen gesucht, wozu es keine Ausführungen gegeben habe. Ein duales Studium zu initiieren, sei keine Option für den kurzfristigen Mangel. Man müsse alle Schlussfolgerungen des Fachtages berücksichtigen. Ein Studium kann nur eine Lösung sein. Eine Richtlinienanpassung sei dringlich. Man werde das Thema erneut in der Dezembersitzung behandeln.

An die drei Träger der Jugendberufsagentur habe man Fragebögen mit der Bitte um jeweilige Ausführung versandt, wozu es eine Rücksendung gegeben habe. Die gemeinsam ausgefüllte Fragenmatrix erfülle nicht die Erwartungen der Mitglieder des Unterausschusses. Es gebe keine inhaltliche Darstellung zu Problemlagen und zum Mehrwert aus Sicht aller drei Partner. Der Beschluss zur Bildung der Jugendberufsagentur werde nochmal hinsichtlich der Verabredungen zur Evaluierung geprüft.

Der Unterausschuss wünsche sich in der Novembersitzung des Jugendhilfeausschusses eine Information zur Situation, wie mit der neuen Situation in der Kita-Landschaft umgegangen werde, dass es freie Plätze in Größenordnungen gebe (personell, finanziell und auch in Bezug auf kommunale Kitas).

Der Regionale Arbeitskreis Waldstadt habe die Jugendhilfeplanerin der Landeshauptstadt Potsdam eingeladen, doch die Verwaltungsmithwirkung sei abgesagt worden. Der Unterausschuss frage in welcher Form die Arbeit mit der Jugendhilfeplanung für die Regionalen Arbeitskreise derzeit möglich sei.

In der anschließenden Diskussion wird die Sperrung der Stellen im Kinderschutz kritisiert und Herr Prof. Dr. Hafezi kündigt an, dazu erneut im Jugendhilfeausschuss in der Dezembersitzung zu berichten. Auch zu der Richtlinie der PLUS-Projekte werde man einen aktuellen Sachstand berichten.

PAUSE 18:12 Uhr – 18:25 Uhr